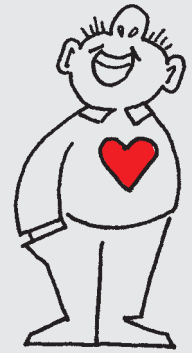


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

2 / 2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Haushaltsberatungen vor dem Abschluss



Ende des Monats wird die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt für 2008 abstimmen. Der Plan 2008 ist wie in den letzten Jahren mit einem erheblichen Minus im Verwaltungshaushalt versehen. Die Gesamtverschuldung der Stadt wird weiter steigen und nach Aussagen des Finanzvorstandes wird sich diese Situation bis mindestens 2011 fortsetzen. Deshalb ist der Spielraum für freiwillige Leistungen relativ gering.

Entsprechend meiner Ankündigungen wollen wir aber trotzdem in mindestens einem wesentlichen Punkt eine Verbesserung der sozialen Standards. Wir wissen, dass immer mehr Kinder in Forst keine warme Mahlzeit erhalten. Aus diesem Grund beantragen wir die Einführung des beitragsfreien Mittagessens für alle Schülerinnen und Schüler der ersten und zweiten Klassen an allen Forster Schulen ab 1. September 2008. Dies wird den Haushalt mit maximal 20.000 Euro belasten. Wir wollen dies für alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Einzelmaßnahmen für Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger würden diese Menschen nur weiter mit Anträgen diskriminieren und das eigentliche Ziel, einer vollständigen Versorgung der Kinder

nicht sichern. Wir verstehen diesen Antrag als Einstieg in ein generell beitragsfreies Schüleressen für alle Grundschüler.

Zur Gegenfinanzierung wollen wir die Ausgaben für Bauleitplanungen um 30.000 Euro kürzen. Ein Marketingkonzept für das sogenannte Freizeitzentrum an der Neiße (Rosengarten, Gelände des TV 1861 und Kinderferiendorf) sollte frühestens nach einer Entscheidung zur Landesgartenschaubewerbung erfolgen. Im Vermögenshaushalt beantragen wir 25.000 Euro für die Planung der Sanierung Turnhalle Keune. Nur wenn 2008 die Voraussetzungen geschaffen werden, kann 2009 die Halle auch saniert werden. Das Ziel, die Elternbeiträge für die Kitas zu senken, haben wir zurückgestellt. Die Mehrbelastung würde für die Stadt rund 76.000 Euro betragen, dies ist leider finanziell noch nicht zu realisieren. Beim Essengeld dagegen wissen wir laut einer Umfrage des Emnid-Instituts vom Januar 2008, dass 92 Prozent aller Brandenburger einen solchen Schritt unterstützen. Wir hoffen, dass auch die Fraktionen von CDU und SPD nicht gegen den Willen ihrer eigenen Wähler stimmen werden.

Wir werden von der Entscheidung zu diesem Antrag unsere Abstimmung zum Haushalt abhängig machen.

Ingo Paeschke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst

Mit dieser Wahl hat sich das soziale Klima in der Republik verändert

Statement von Lothar Bisky auf der Pressekonferenz am Rande der Sitzung des Parteivorstandes nach den Landtagswahlen von Hessen und Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, ich werde nur den Aufschlag machen: Das Fünf-Parteiensystem ist eine politische Verschiebung der politischen Landschaft in Deutschland. Sie ist durch uns bewirkt worden. DIE LINKE. wirkt. Das gilt weiterhin.



Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte: Wir sind wohl nach verschiedenen Kriterien die drittstärkste politische Kraft geworden. Ich bin optimistisch, dass das so bleiben wird.

Der dritte Punkt: In der Parteineubildung sind wir einen großen Schritt vorangekommen. In zwei Flächenstaaten in die Landtage einzuziehen, das ist ein Meilenstein, das ist ein Durchbruch. Dafür gibt es verschiedene Namen. Ich kann einfach nur sagen: Wir können uns freuen.

Der vierte Punkt: Wir sind auf dem Weg nach Hamburg. Das vergessen wir nicht, denn auch in Hamburg wollen wir rein. Wir haben dann die Kommunalwahlen in Bayern und in Schleswig-Holstein. Wir wissen, das ist eine Zwischenetappe, aber es ist ein schöner Januar-Tag. Danke.

Wie viel Wert hat die Arbeit des Kultur- und Sozialausschusses?



Gleich mit dem ersten Tagesordnungspunkt der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses vom 28.01.08,

der Diskussion zum Haushaltsentwurf 2008 zeigte sich, wie sich die Stadtverwaltung darauf vorbereitet hatte. Ein Vertreter der Kämmerei fehlte und die

gestellten Fragen konnten damit nur unzureichend beantwortet werden.

Uns blieb also nichts weiter übrig, als eine zweite Sitzung zu beantragen, keine erfreuliche, aber eine notwendige Sache. Das Thema »Soziale Stadt« befand sich überhaupt nicht auf der Tagesordnung, nicht einmal unter dem Punkt Informationen.

➤ S. 2

Wie viel Wert ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Erst auf Nachfrage gab es eine kurze Diskussion dazu. Gerade dieses Thema hat bei vielen Vereinen Hoffnung auf Hilfe und Unterstützung ausgelöst, und das noch vorzulegende Konzept zur Jugend- und Sozialarbeit sollte Hilfestellung geben beim finden von Schwerpunkten in diesem Bereich. Man darf gespannt sein auf das Entwicklungskonzept »Soziale Stadt«. Ein Beratungsgegenstand im Kultur- und Sozialausschuss wird es sicher nicht – oder doch???

Anke Schwarzenberg,
Mitglied des Kultur- und
Sozialausschusses der SVV Forst

Gendarstellung

In dem periodischem Druckwerk Malxe-Blatt der Ausgabe 1/2008, in dem Artikel mit der Überschrift »Unter Verdacht«, erschienen auf der Seite 2, wird eine meine Person als Rechtsanwalt der Stadt Forst (Lausitz) betreffende unrichtige Behauptung aufgestellt, die ich wie folgt richtig stelle:

Unwahr ist, dass ich als Rechtsanwalt der Stadt gegen den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wegen Geheimnisverrats ermitteln würde.

Wahr ist, dass ich als Rechtsanwalt der Stadt Forst (Lausitz) gegen den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN keine Ermittlungen wegen Geheimnisverrats führe.

Cottbus, den 31.01.2008

Olaf Taubenek, Rechtsanwalt

Auszug aus dem Protokoll der Stadtverordneten- versammlung vom 07.12.2007

»Herr Tischer gab bekannt, dass in der November-Ausgabe des Malxe-Blattes ein Artikel erschien, der vom Fraktionsvorsitzenden *DIE LINKE*., Herrn Ingo Paeschke, geschrieben wurde. Der Artikel trägt die Überschrift: »Blindverkauf«. Der Artikel beinhaltet eine Aussage aus einer nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses zum Thema »Anteilsverkauf der Stadtwerke«. In diesem Artikel wird mehrfach der Grundsatz der Verschwiegenheit tangiert. Um das weiter zu untersuchen bzw. zu prüfen ist eine Stellungnahme des Rechtsanwalts der Stadt erfolgt. In dieser Stellungnahme geht der Rechtsanwalt davon aus, dass die Verschwiegenheitspflicht verletzt wurde. Es sind jetzt noch weitere Prüfungen und Schlussfolgerungen notwendig ...«

Kinderarmut bekämpfen, Kinderrechte stärken, Bildung und Betreuung gebührenfrei und flächendeckend bereitstellen

Das 5-Punkte-Sofortprogramm der Fraktion *DIE LINKE*. im Bundestag gegen Kinderarmut in einem der reichsten Länder dieser Erde ist ein vernichtendes Zeugnis für Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Kinderarmut ist strukturell bedingt. Grundsätzlich kann der Kinderarmut nur begegnet werden, wenn die Armut der Eltern überwunden wird. Armut ist der größte Risikofaktor für die kindliche Entwicklung.

Wie aus dem am 15.11.07 vom Deutschen Kinderhilfswerk vorgelegten »Kinderreport Deutschland 2007« hervorgeht, hat sich seit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt. Derzeit leben mehr als 2,5 Millionen Jungen und Mädchen auf Armutsniveau. Dieser Zustand muss umgehend überwunden werden. Wir brauchen einen sofortigen Paradigmenwechsel in der Politik, um Kinderarmut wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. Das Recht von Kindern auf Achtung ihrer Würde sowie auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit soll im Grundgesetz verankert werden und zu einer Leitlinie des Regierungshandelns werden. *DIE LINKE*. fordert daher ein 5-Punkte-Sofortprogramm, das folgende Schritte enthält:

1. Erhöhung und Reform des Kinderzuschlages, um Hartz IV für erwerbstätige Eltern und deren Kinder zu vermeiden:

Der bedarfsbezogene Kinderzuschlag muss deutlich erhöht werden von bisher maximal 140 Euro auf 200 Euro für unter 14-jährige und 270 Euro für 14-jährige und ältere Kinder. Die Einkommensgrenzen müssen entfallen, damit der Berechtigtenkreis deutlich ausgeweitet wird. Ergänzend muss das Wohngeld um mindestens 15 Prozent angehoben und um eine Familienkomponente erweitert werden. Ziel ist es, durch einen Ausbau und eine Erhöhung der Vorrangleistungen Kinderzuschlag und Wohngeld Familien davor zu bewahren, dass sie allein aufgrund der Kosten für die Kinder von staatlicher Fürsorgeleistung abhängig werden (entsprechende Forderungen erhebt auch der DGB, ein konkretes Konzept der Arbeitnehmerkammer Bremen liegt vor). Hierdurch kann auch die jetzige strukturelle Benachteiligung von Alleinerziehenden behoben werden, denen heute weitgehend ein Kinderzuschlag verwehrt wird.

2. Der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder muss unverzüglich angehoben und zu einem kindgerechten Regelsatz entwickelt werden:

Damit ab 2008 Kinder nicht mehr gezwungen sind Suppenküchen aufzusuchen, müssen sich Sozialeleistungen für Kinder in Hartz-IV-Familien an deren Bedarf orientieren. Im ersten Schritt müssen die Kinder-Regelsätze auf rund 300 Euro angehoben werden. Generell ist eine konkrete kinderspezifische Bedarfsanalyse notwendig, da der heu-

tige abgeleitete Regelsatz für Kinder deren spezifische Bedarfe nicht erfasst und auch nicht abdeckt. Bei der Erhebung müssen die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden. (Forderung Bremen/Berlin). Der Staat muss den Kindern garantieren, dass sie gesund aufwachsen, freien Zugang zu guter Bildung haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

3. Öffentliche Bildung gebührenfrei und flächendeckend bereitstellen – Qualität in der Betreuung deutlich verbessern

Es ist ein Skandal, dass in Deutschland die soziale Herkunft wesentlich die Bildungschancen von Kindern bestimmt. Kinder müssen unabhängig vom Erwerbs- und Einkommensstatus der Eltern gleiche Entwicklungschancen haben. Die Länder müssen vom Bund in die Lage versetzt werden, den Kommunen zu ermöglichen, die gebührenfreie Ganztagskinderbetreuung als ein soziales Recht zu realisieren. Quantität und Qualität müssen beim Ausbau der Kinderbetreuung genauso stimmen wie die Finanzierung. Dazu gehört auch die Realisierung einer gebührenfreien gesunden Mittagessenversorgung. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher, deren Arbeitsbedingungen und Gehalt müssen umgehend verbessert werden. Ein umfassender Bildungsanspruch muss aber auch weitere Angebote umfassen. Die Kommunen müssen daher finanziell in die Lage versetzt werden, Kindern den gebührenfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen usw. zu ermöglichen.

4. Sonderfonds zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit müssen durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen unverzüglich rückgängig gemacht werden. Ein gemeinsames Schwerpunktprogramm in Höhe von 150 Mio. Euro jährlich würde die Einsparungen der letzten Jahre zumindest teilweise kompensieren. In den nächsten fünf Jahren sollen hierfür vom Bund jährlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden und entsprechende Anstrengungen der Länder und Kommunen ergänzen. Die Standards für die Ausstattung und Qualität der Angebote müssen erhöht werden.

5. Das Kindergeld muss in einem ersten Schritt auf 200,- Euro angehoben werden.

Das Kindergeld hat seit seiner letzten Erhöhung real einen Wertverlust erfahren. Dieser muss durch eine Anhebung in dieser Größenordnung umgehend ausgeglichen werden. Das erhöhte Kindergeld und der erhöhte bedarfsgerechte Kinderzuschlag können dann zur Kindergrundsicherung ausgebaut werden. *Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*

Ein Beschluss und keine Ende

Es ist kein Geheimnis, dass es unterschiedliche Auffassungen zur Frage der Braunkohleverstromung im Kreisverband Lausitz gibt. Gerade der Ortsverband Forst fällt mit seiner differenzierten Betrachtung des Themas aus dem Rahmen.

Aus diesem Grund wurde die Antragsdebatte auf dem 1. Kreisparteitag in Cottbus zu einem spannenden Krimi. Argumente dafür und dagegen wurden ausgetauscht, ohne wirklich auf den Inhalt der Argumente einzugehen. Mit der Bildung einer Kreisarbeitsgruppe Energiepoli-

tik soll diese Polarisierung aufgehoben werden. Die Arbeitsgruppe will sich inhaltlich mit dem Thema der energiepolitischen Zukunft der Lausitz beschäfti-



Afghanistan braucht humanitäre Hilfe und keine Soldaten

Anlässlich der Forderung von US-Außenminister Robert Gates, Deutschland solle Kampftruppen in den Süden Afghanistans schicken, erklärt Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Linkspartei:

Die Entsendung deutscher Truppen in den Süden Afghanistans wäre ein verheerender Schritt. Der Krieg ist nicht zu gewinnen. Vielmehr hat er dazu geführt, dass sich die humanitäre Situation in dem Land immer weiter verschlechtert und das Misstrauen der Bevölkerung ge-

gen den Westen steigt. – Die Bundesregierung hat schon mit ihrer Zustimmung, Kampftruppen in den Norden Afghanistans zu schicken, deutlich gemacht, dass sie weiterhin die militärische Komponente des Afghanistaneinsatzes stärkt und nicht – wie zuletzt in der Afghanistanstrategie vom September 2007 behauptet – die humanitäre. DIE LINKE. weist jegliche Forderungen nach Aufstockung der Truppen zurück und setzt sich an der Seite der Friedensbewegung weiterhin für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.



Der Bundesgeschäftsführer meint

Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Urteil bestätigt Kritik der LINKEN

Die Kürzung der Pendlerpauschale ist nach Auffassung des Bundesfinanzhofes verfassungswidrig.

SPD und CDU haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht und jetzt die Quittung dafür bekommen. Die Kritik der LINKEN an der Kürzung der Pendlerpauschale wird durch das Urteil bestätigt. Die Kürzung der Pendlerpauschale ist nicht nur eine rechtliche, sondern vor allem eine soziale Frage. Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in strukturschwachen Regionen und in den neuen Bundesländern wurden hart getroffen. DIE LINKE. hat die Kürzung der Pend-

lerpauschale von Anfang an als unsozial kritisiert, zumal sie einherging mit der erheblichen Senkung des Sparerfreibetrages, der Minderung des gesetzlichen Anspruchs auf staatliches Kindergeld und der Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Die jetzt vom Bundesfinanzhof festgestellte Verfassungswidrigkeit sollte Anlass für eine schnelle Korrektur sein. DIE LINKE. fordert die sofortige Rücknahme des eindeutig zu Lasten der Beschäftigten gehenden Sparbeschlusses. Die Konsequenz muss lauten: Der Weg zur Arbeit ist wieder von der Haustür bis zum Werktor steuerlich absetzbar. Herr Steinbrück, handeln Sie, bevor das Bundesverfassungsgericht Sie zwingt!

gen. Es ist nicht Ziel, eine einheitliche Meinung zu erarbeiten, sondern einfach wieder einander zuzuhören und die Energiefrage auch mit einem globalen Ansatz zu betrachten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Vertreter unterschiedlicher Auffassungen in diese Diskussion einbringen werden. Glaubhafte Politik braucht nun mal reale Lösungsansätze.

Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende Die Linke.

Mit Mindestlohn gegen Lohndumping und für die Stärkung der Binnenkaufkraft

In Brandenburg sind wieder weniger Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die aktuelle Zahl für November 2007 betrug 739 200 und lag damit um rund 2000 unter dem Wert für Oktober 2007. (aktuelle Angaben von Januar 2008)

DIE LINKE. weist erneut darauf hin, dass sozialversicherungspflichtig nicht automatisch existenzsichernd bedeutet. Denn ca. ein Fünftel der brandenburgischen Beschäftigten arbeitet für Stundenlöhne unter 7,50 Euro. Angesichts dieser beunruhigenden Entwicklung bekräftigt DIE LINKE. ihre Forderung nach Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes. So kann dem Lohndumping entgegengewirkt und gleichzeitig die Binnenkaufkraft in Brandenburg gestärkt werden. Für DIE LINKE. ist auch die massive Zunahme älterer Langzeitarbeitsloser über 50 Jahre von 53 775 auf 58 111 alarmierend.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, das Instrument des Kommunalkombilohnes besonders auf diese Menschen auszurichten, um damit ihren beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen und einen sozialverträglichen Übergang in die Rente zu gewährleisten. Christian Görke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher, DIE LINKE.-Fraktion im Landtag Brandenburg

Liebe Mitglieder und Sympathisanten des Forster Ortsverbandes,

in vielen Gesprächen zeigte sich, dass es ein großes Interesse zur Bildung einer Arbeitsgruppe Soziales gibt.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten (Mitglieder und Nichtmitglieder) zur Gründung der AG Soziales am 20.03. um 18:30 Uhr in die Geschäftsstelle des Ortsverbandes Forst herzlich ein.

Ortsvorstand Forst DIE LINKE.

Petra Paus Newsletter

Schäubles Grundgesetz muss eine Fälschung sein

Bundesinnenminister Schäuble will künftig auch Abgeordnete, Strafverteidiger und Geistliche belauschen und ausspähen lassen: Das sei »fachlich erforderlich und verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden«.

Das Grundgesetz, auf das sich Bundesinnenminister Schäuble zuweilen beruft, muss eine Fälschung sein. Das geltende Grundgesetz enthält Grund- und Bürgerrechte, die zugleich Schutz- und Trutzrechte vor einem allzu begierigen Staat sind. Dazu gehört auch, dass Abgeordnete, Anwälte, Journalisten, Geistliche und andere privilegiert werden. Nicht, weil sie besonders gute Menschen sind, sondern weil ihre vertrauliche Arbeit unverzichtbar für eine lebendige Demokratie ist.

Neue Generation von Überwachungstechnik

Die Polizei will Überwachungsdrohnen einsetzen, die auch für Privatpersonen interessant sind.

Sachsens Polizei testet Drohnen, die mit Kameras ausgestattet sind. Die lautlosen Hubschrauber-Spione sollen helfen, Fußballrandale zu unterbinden. Derartige Überwachungs-Drohnen sind zugleich universell einsetzbar, vom Staat und

von Privatpersonen. Ihrem Einsatz sind engste Grenzen zu setzen. Dasselbe trifft auf den neuesten Bayern-Hit zu. Sexualstraftäter sollen GPS-Empfänger erhalten, die Alarm schlagen, sobald sie sich Kindergärten nähern. Auf dieselbe Weise könnte notorischen Trinkern das Umfeld von Kneipen und Bettlern das Betreten der Innenstädte verwehrt werden. Intelligente Überwachungskameras, die einzelne Personen in einem Pulk erkennen können, sind längst im Probebetrieb. Mit alledem wird eine neue Generation von Überwachungstechnik auf ihren Einsatz vorbereitet. Auch hier gilt: Wehret den Anfängen.

Dem Vergessen nicht länger Vorschub leisten

Der seit zwölf Jahren offiziell begangene Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus ist ein wichtiger Baustein in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland.

Aber er ist nur ein Tag in einem langen Jahr. Um den Erinnerungsaltag ist es schlechter bestellt. Immer mehr authentische Gedenkstätten, wie einstige NS-Konzentrationslager, sind unterfinanziert. Immer mehr Schulklassen werden abgewiesen, weil es an pädagogischem Personal mangelt. Das leistet dem Vergessen Vorschub, und das kann auch durch einen noch so guten Staatsakt nicht kompensiert werden.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

- Di., 12.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst
- Di., 19.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung
- Mo., 03.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«
- Mo., 11.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst

Am 21.02. findet um 18:30 Uhr
unsere nächste öffentliche
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
im Bürgerzentrum statt.

Tagesordnung:

- Informationen vom Landesparteitag
- Informationen aus der Stadtfraktion
- Stand der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 u. a.

Geburtstage

- 19.02., 74 Jahre, Gen. Wolfgang Noack
- 25.02., 80 Jahre, Genn. Helga Schahn
- 28.02., 76 Jahre, Genn. Gerda Kluge
- 08.03., 78 Jahre, Gen. Horst Rubin
- 10.03., 76 Jahre, Gen. Manfred Rademacher in Döbern
- 10.03., 68 Jahre, Gen. Peter Weidner

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Schade

Ablehnung aus Schäubles Innenministerium gab es für den Vorschlag einiger ARD-Intendanten, in den Nachrichtensendungen weniger Videos oder Interviews mit gewaltbereiten Extremisten auszustrahlen. Der Minister wolle und werde sich auch künftig in TV und Presse zu aktuellen politischen Fragen äußern. *THORALF KULLICH*

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Montag, 18.02.08, und Montag, 03.03.08

jeweils ab 10:00 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung über Frau Dr. Radochla,

☎ (03562) 69 34 34 oder ☎ (03562) 78 52,

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 Euro.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst *DIE LINKE.*
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst *DIE LINKE.*
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: spree-neisse.dielinke-brandenburg.de

E-Mail: forst@dielinke-spree-neisse.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.